

# Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neukirch und Umgegend

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptpostamts zu Bischofswerda, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda bestellungsweisende Blatt



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postcheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Erhaltungsgemeinschaft: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Abonnementspreis für die Zeit eines halben Monats: frei ins Haus halbmöndlich 1.10, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 45 Pf. Einzelnummer 10 Pf. (Sonntagsnummer 15 Pf.)

Preisprophet Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger unvorhersehbarer Störung des Betriebes der Zeitung oder der Verlagsunternehmungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise (im Reichsmark): Die 44 mm breite europäische Millimeterzeile 10 Pf. Drückzeilen 8 Pf. Im Textteil die 90 mm breite Millimeterzeile 30 Pf. Für das Erhalten von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Tagen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 209

Mittwoch, den 6. September 1933

88. Jahrgang

## Tageschau.

\* Zum Besuch der russischen Truppen hat sich der Reichstagspräsident mit dem Reichswehrminister Generaloberst v. Blomberg, dem Chef der Heeresleitung, General v. Hammerstein und Ministerpräsident General Brüning nach Moskau begeben. An der Truppenbesichtigung nahmen auch einige höhere deutsche Offiziere teil.

\* Ein Erlass des Reichswehrministers vom 5. Sept. ermöglicht den Besitzern der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung, bei allen Arbeitslosenarbeiten die Grundversicherung in vollem Umfang auf die Mittel der Reichsanstalt zu übertragen. Dies bedeutet eine wesentliche Entlastung der Gemeinden.

\* Die von maßgebender Seite bestätigt wird, hat Ministerpräsident Brüning die Absicht, im Herbst einen Besuch in Dubaj zu abzusenden. Der Termin dieser Reise steht aber noch nicht fest.

\* Die neue Generalkonferenz der allpreussischen Union wurde am Dienstag im Sitzungssaal des Herrenhauses in Berlin eröffnet. Die Gruppe Spangenberg und Krichs verließ nach einer Erklärung geschlossen den Saal, weil sie bei den Wahlen nicht genügend berücksichtigt wurde. Das neue Bischofsamt und das Beamtenamt wurden angenommen.

\* Der holländische Vertreter des Reichstagspräsidenten hat sein Mandat niedergelegt, da es sich herausgestellt habe, daß das holländische Parlament die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung einmündig beschloß.

\* Ein russisches Bombenflugzeug stürzte am Dienstag bei Moskau ab, wobei acht Funktionäre der Sowjetregierung getötet wurden.

\* In vielen Teilen Englands sind infolge anhaltender Dürre ausgedehnte Felder- und Waldbrände ausgebrochen.

\* Bei Birmingham im Staate New York ereignete sich ein schwerer Eisenbahnunfall. Ein Güterzug fuhr in voller Geschwindigkeit auf einen Personenzug auf. Nach den bisherigen Feststellungen sind 23 Personen getötet und über 100 verletzt worden.

\* Ausführliches an anderer Stelle.

## Das wahre Gesicht.

Da mehr sich der Termin für den Wiederauftritt der Abrüstungskonferenz nähert, um so stärker wird das Trommelfeu von allen möglichen Hegeklängen und Nachrichten, das auf Deutschland losgelassen wird. Wir haben solche Zeiten schon öfter durchgemacht und werden auch diesmal die Ketten befehlen. Tatsächlich dürfte der Kinsturm, den wir jetzt auszuhalten haben, der stärkste sein, der jemals auf uns gerichtet wurde. Nicht umsonst sagt sich Frankreich, daß das Bestehen einer nationalen Regierung in Deutschland an sich schon einen Machtfaktor darstellt, mit dem es in Versailles und seither nicht rechnen konnte. Wenn nicht alles täuscht, gelingt es der französischen Politik sogar, auch England einzuspinnen und es für die besonderen Pläne Frankreichs, vor allem für den Gedanken einer einseitigen Kontrolle über das bereits abgerüstete Deutschland zu gewinnen. Man wird abwarten müssen, was bei der englisch-französischen Konferenz in Paris herauskommt, um dann der Lage, wie sie ist, ins Gesicht zu sehen.

Diese Lage ist, wie gesagt, keineswegs neu. Sie ist vielmehr ungewöhnlich bedrohlich, aber sie enthält doch auch eine ganze Reihe von Momenten, die noch ausgenutzt werden müssen, um Frankreichs großangelegten Plan zu erschüttern. Jährlich hat es Frankreich verstanden, der Welt vorzuführen, daß seine Sicherheit bedroht sei. Heute weiß die Welt, daß nicht Frankreich, sondern das entwaffnete Deutschland Sicherheit braucht und daß die französische Politik es ist, die Europa nicht zur Ruhe kommen läßt. Heute läßt Deutschland das Trommelfeu der französischen Propaganda nicht mehr wehrlos über sich ergehen, sondern es setzt zum Gegenstoß an und hält dem französischen Rüstungswahn den Spiegel vor. Heute fordert Deutschland sein Recht, das Recht der Gleichberechtigung, das ihm vierzehn Jahre hindurch immer wieder vorenthalten wurde. Heute macht Deutschland selbst die Gegenrechnung auf, die längst fällig ist und zu der den bisherigen deutschen Regierungen, im Erfüllungswahn befangen, der Mut und die Entschlossenheit fehlte. Heute läßt sich Deutschland nicht mehr, wie so lange, durch Brandfäden Friedenspropaganda blenden, sondern heute schaut es in das Gesicht seines westlichen Nachbarn, wie es wirklich ist.

Das Gesicht Frankreichs ist immer eine Maske gewesen. Das französische Volk fühlte sich als die edelste Nation der Welt, und die Hauptstadt Paris war stolz darauf, als der Mittelpunkt der Zivilisation zu gelten. Erst im Kriege haben wir Deutsche und haben vor allem die deutschen Kriegesgefangenen erkannt, wie es wirklich um Frankreich steht, wie das wahre Gesicht dieses Volkes, das von einem seiner größten Schicksalserben, von Voltaire, eine Erklärung gegeben

hat, die englische Regierung ihre Ansicht über die automatische Rüstungskontrolle bereits geändert habe, obwohl sie durchblicken lasse, daß ein Entgegenkommen Frankreichs in der Abrüstung Englands zu Zugeständnissen in der Kontrollfrage veranlassen könnte.

Im gleichen Sinne meißelt Petit Parisien aus London. Eden werde der französischen Regierung erklären, daß die englische Regierung den französischen Vorschlag einer Rüstungskontrolle, die in einer halbjährlichen Inspektion besteht, nicht a priori ablehne, jedoch näheren Aufschluß über die Anwendung des französischen Planes verlange, und vor allem zu wissen wünsche, welche weiteren Konzessionen Frankreich in der Abrüstungsfrage zu machen bereit wäre, falls sein Vorschlag einer obligatorischen und periodischen Rüstungsinspektion angenommen würde. Der Korrespondent dieses Blattes hält es für wahrscheinlich, daß Norman Davis, von dem die Presse behauptet, er habe Anweisung von seiner Regierung, den französischen Kontrollplan zu unterstützen, und womöglich sogar ein Vertreter Italiens zu den Besprechungen hinzugezogen würde.

## Die Pariser Abrüstungsbesprechungen im Lichte der Pariser Presse.

Mit. Paris, 6. Sept. (Drath.) Die Pariser Presse berichtet übereinstimmend aus London, daß nur der Unterstaatssekretär im Foreign Office, Eden, England bei den am 18. September in Paris beginnenden Besprechungen vertreten werde und daß die Besprechungen lediglich die Abrüstungsfrage zum Gegenstand hätten. Der Londoner Korrespondent der Agentur Havas hält es für unwahrscheinlich,

## Abbau der Fürsorgelasten der Gemeinden.

### Zur Erleichterung der Arbeitsbeschaffung.

Mit. Berlin, 6. September. Einen wesentlichen Schritt zum Abbau der kommunalen Fürsorgelasten bedeutet eine vom Reichsarbeitsminister getroffene Maßnahme. Nach den bisher geltenden Bestimmungen waren die bei Notstandsarbeiten gewährten Zuschüsse, die sogenannte Grundförderung, für die von Arbeitsunterstützungsempfängern geleisteten Tagewerte zu einem Fünftel von den Gemeinden, für die von Wohlfahrtsunterstützungsempfängern geleisteten Tagewerte völlig aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge zu zahlen. Nunmehr ermächtigt ein Erlass des Reichsarbeitsministers den Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, bei allen Notstandsarbeiten die Grundförderung für die von bisherigen Empfängern der Arzifen- oder Wohlfahrtsunterstützung nach dem 31. Juli 1933 geleisteten Tagewerte in vollem Umfang auf die Mittel der Reichsanstalt zu übernehmen. Die Inangriffnahme öffentlicher Notstandsarbeiten unter Heranziehung aller Arten von Unterstützungsempfängern wird nach dieser Neuordnung erheblich erleichtert sein, so daß der Erlass des Reichsarbeitsministers auch als wesentlicher Beitrag zur Arbeitsbeschaffungspolitik der Reichsregierung zu werten ist.

Die im vorstehenden dargelegte neue Maßnahme des Reichsarbeitsministers hat den besonderen Vorzug, daß sie nach verschiedenen Richtungen hin vorteilhaft wirksam zu werden verspricht. Einmal werden dadurch die Mittel der Reichsanstalt, die durch die weitgehende Verdrängung der Arbeitslosigkeit auf die Arzifen- und Wohlfahrtsfürsorge in gewissem Umfang disponibel sind, im Sinne des Arbeitsbeschaffungsprogramms angewendet und zum anderen wird damit gleichzeitig die dringende notwendige Entlastung der Gemeindefinanzen erreicht. Bekanntlich sind seit längerer Zeit Bestrebungen im Gange, die bisherige Verteilung der Unterhaltungsleistungen für die Arbeitslosen einer Reform zu unterziehen, aber bis

## Amerika für eine Rüstungskontrollkommission.

Mit. London, 6. Sept. (Reuter.) Der amerikanische Delegierte zur Abrüstungskonferenz, Norman Davis, erklärte, die Vereinigten Staaten seien für eine Kontrolle der Rüstungen, die nach amerikanischer Ansicht notwendig sei und durch eine ständige Kommission durchgeführt werden müsse.

## Lohnenregelung durch Reichsrahmentarif.

Wochenlohn statt Stundenlohn. — Mindesteinkommen wird garantiert.

Mit. Berlin, 5. Sept. Wie verlautet, ist einer der Programmpunkte des ständischen Aufbaues die Abschaffung des

Wochenlohn statt Stundenlohn. — Mindesteinkommen wird garantiert.

Mit. Berlin, 5. Sept. Wie verlautet, ist einer der Programmpunkte des ständischen Aufbaues die Abschaffung des